

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckerschrift: Tagesblatt Riesner.
Gemeine Nr. 20.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesner, des Finanzamts Riesner und des Hauptzollamts Weißen, sowie des Gemeindevorstandes, Gröbba.

Postfachkonto: Dresden 1509
Stroße Riesner Nr. 22.

Nr. 283.

Mittwoch, 6. Dezember 1922, abends.

75. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 450.— Mark, einjährig 4800.— Mark, vierteljährig 1200.— Mark. Preis für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für Bewilligte Rabatt erlischt, wenn der Betrag versäumt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesner. Tägliches Unterhaltungsblatt. — In der Folge höherer Gewalt. — Anzeiger und sonstiger irgendwelcher Art der Druckerei, der Riesner oder der Verlegerbesitzungen. — Verantwortlich für Redaktion: Arthur Böhmer, Riesner. — Verantwortlich für Druck: Wilhelm Dittsch, Riesner.

Unter dem Bleibekande des Geschäftsführers Robert Riffe in Zeitzheim ist die Maut- und Plauenfische amtlich festgesetzt worden.
Großenhain am 5. Dezember 1922. 1852 El. Amtshauptmannschaft.

Zuschläge zur Grundmiete.

Für die Gemeinde Gröbba hat die Amtshauptmannschaft Großenhain zur Ausführung des Reichsmietengesetzes vom 24. 8. 1922 und der sachl. Ausführungsverordnung vom 24. 8. 1922 auf Antrag der Hausbesitzer die Zuschläge zur Grundmiete erneut festgesetzt mit rückwirkender Kraft vom 1. 10. 1922 ab.

1. Für Instandhaltungs- und Erneuerung der Belattung 15%
2. „ Betriebskosten 125%

3. Für laufende Instandsetzungsarbeiten 130%
4. „ große „ 80%
In dem Zuschlag für Betriebskosten sind 20% für die vom Vermieter zu leistende Arbeit bei der Verwaltung des Hauses inbegriffen, über die er nicht im einzelnen abzurechnen braucht. Der Zuschlag für Betriebskosten wird dem Vermieter als Berechnungsgehalt mit vierteljährlicher Abrechnung.
In dem Hundertschlag der laufenden Instandsetzungsarbeiten sind Schönheitsvorrichtungen nicht enthalten, sie werden als Nebenleistungen erklärt.
Gröbba (Elbe), am 4. Dezember 1922. Der Gemeindevorstand. Wohnnassamt.

Deutscher Reichstag.

mit. Berlin, 5. Dezember.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst Anträge. Auf eine Anfrage der Deutschnationalen wird erwidert, daß bei den deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen die Interessen der deutschen Ansiedler in den an Polen abgetretenen Gebieten geschützt werden sollen. Abg. Schulz-Bromberg (Dnat.) fragt, welchen Ausmaß die Ermittlungen gehabt hätten zur Aufdeckung der Verschönerung, die nach den Mitteilungen des früheren Reichskanzlers gegen ihn angesetzt war. Ein Reichsanwaltsvertreter erwidert, am 16. Oktober sei der Kaufmann Willi Schulze aus Dresden auf der Bahnhofsstraße in Dagen erschienen und habe erklärt, daß er auf der Reise nach Ostpreußen sei, um im Auftrage von Offizieren dort zwei Witkolen abzuholen, die zu einem Nordanschlag auf den Reichskanzler verwendet werden sollten. Aufher ihm sei ein Major, ein Rittmeister und ein Student an der Sache beteiligt. Die Tat sollte am 22. Oktober ausgeführt werden. Schulze habe seine Angaben auch bei späteren Vernehmungen aufrechterhalten. Schließlich aber alles widerrufen und als freie Erfindung erklärt. Da außer der Selbstbezichtigung nichts Belastendes gegen ihn vorlag, sollte jede gefesselte Handlung gegen ihn öffentliche Klage zu erheben. Als Abg. Schulz-Bromberg (Dnat.) es für richtig bezeichnet, daß die Reichsregierung angeführt der großen Erregung, welche die damaligen Vorkänge im Reichstage hervorgerufen hätten, sofort nach erfolgter Aufklärung im Reichstage entsprechende Mitteilung gemacht hätte, wird regierungsfreudig erwidert, daß die Aufklärung erst in den allerletzten Tagen erfolgt sei. — Abg. Schiffer (Dem.) weist in einer Anfrage darauf hin, daß die volatilisierende Regierung durch die Unterlassung der Errichtung von Winterhochschulen im abgetretenen Ostpreußen das Genter Abkommen verleihe habe. Regierungsfreudig wird erwidert, daß die deutsche Regierung die Angelegenheit aufmerksam verfolgt und darauf bedacht sein werde, die Rechte der deutschen Winterhochschulen zu schützen. — Abg. Danks (Deutschvölkisch) befragt sich in einer Anfrage darüber, daß der preussische Innenminister die Nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei verboten habe. Ein Regierungsvertreter erwidert, eine Nachprüfung des Verbots sei nur auf dem ordentlichen Rechtsweg möglich, eine solche Beschwerde sei aber noch nicht eingegangen.

Widmann kommt der Haushalt des Reichspräsidenten zusammen mit dem Gesetzentwurf über das Ruhegehalt des Reichspräsidenten zur gemeinsamen Beratung. Der Gesetzentwurf geht an den Haushaltsausschuß, die Nachtragsätze des Reichspräsidenten, des Reichskanzlers, Reichswirtschaftsrats und Reichswehrministers werden angenommen. Beim Nachtragsatz des Reichsjustizministeriums fordert

Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.) den neuen Reichsjustizminister auf, eine programmatische Erklärung abzugeben und stellt konkrete Fragen wegen der Strafrechtsreform, der Vereinfachung des Beschleunigungsverfahrens, wegen seiner Stellung zu den Bestrebungen in Bayern, die Justizhoheit des Reiches nicht anzuerkennen und wegen seiner Stellung zur Massenjustiz.

Abg. Dr. Bock (Z.) wendet sich gegen jede weitere Erleichterung der Befreiung und bittet den Minister, der Notlage des deutschen Anwaltschaftsstandes abzuhelfen.

Reichsjustizminister Dr. Geisinger dankt seinem Amtsvorgänger für die ernste Mithilfe und Gewissenhaftigkeit, mit der er sein Amt verwaltet habe und erklärt, daß bei der Justizreform wie bei allen anderen Reformen wirtschaftliche Gesichtspunkte und finanzielle Leistungsfähigkeit berücksichtigt werden müßten. Der Notlage der Rechtsanwaltschaft werde er seine volle Aufmerksamkeit zuwenden. In der Frage der Befreiungsreform sei aber mit den Gewissenbedenklichen großer Vorsicht zu rechnen, die man nicht vor den Kopf stoßen könne. Ueber den Prozeß Fedenbach werde er im Ausschuß Auskunft geben. Bei der Verhaftung Ehrhards habe die Wächterin Holler die Reichsgerichtsart nach in jeder Weise unterstützt. Was seine Stellung zur Massenjustiz anbelange, so werde es sein Bestreben sein, die Justiz aus dem Kampf der Parteien herauszuheben. Er bitte alle Parteien, ihn bei der Erreichung dieses Zieles zu unterstützen.

Der Nachtragsatz zum Justizhaushalt und zum allgemeinen Verfassungsentwurf werden einstimmig genehmigt.

Mittwoch nachmittags 3 Uhr sozialdemokratische Tagesinterpellation, weitere Nachtragsätze und Reichswahlgesetz. Schluß 7/8 Uhr.

Sächsischer Landtag.

mit. Dresden, 5. Dezember 1922.

Der Landtag trat heute nachmittags 1 Uhr zu seiner zweiten Sitzung zusammen. Vor Eintritt in die Tagesordnung wird ein Gesetzentwurf zur Abänderung des Gesetzes über die Aufwandsentschädigung der Abgeordneten ohne Vorberatung an den Haushaltsausschuß verwiesen. — Es erfolgt dann die Bildung der Ausschüsse. Erste bzw. zweite Vorsitzende bzw. Schriftführer sind: im Haushalts-

ausschuß A Abg. Budor (Soz.), Dr. Dehne (Dem.), Frau Wittner (Soz.), im Haushaltsausschuß B Abg. Anders (D.V.), Hofmann (Dn.), Schurig (Soz.), im Gesehbungsausschuß Abg. Bentler (Dn.), Müller-Bräutigam (Soz.), Beckel (Soz.), im Prüfungsausschuß Abg. Rißel (Dnm.), Dr. Schneider (D.V.), Dr. Sachs (Soz.), im Bucherei-Ausschuß Abg. Gastan (Soz.).

Auf der Tagesordnung steht dann die Wahl des Ministerpräsidenten. Präsident Winter: Die sozialdemokratische Fraktion schlägt den bisherigen Ministerpräsidenten vor. — Weitere Vorschläge werden nicht gemacht. — Abg. Wötcher (Dnm.): Die Kandidatur des Herrn Winter ist ohne Mitwirkung der kommunikativen Fraktion zustande gekommen. Sie ist deshalb in ihren Entscheidungen an keinerlei Abmachungen mit den anderen Parteien gebunden. Sie ist damit einverstanden, daß die sozialdemokratische Fraktion den Ministerpräsidenten stellt. Sie erklärt aber, daß sie weder im Reich noch in den Einzelstaaten die Notwendigkeit eines Präsidenten an Repräsentationszwecken anerkennt. Das Sparparlament überläßt es dem Reich, in der Regierung damit anzugliedern. Die Funktionen des Ministerpräsidenten können auch von einem Ressortminister ausgeübt werden. Unsere Zustimmung bildet weder eine personale noch eine persönliche Vertrauensbindung für die VSPD. Der sozialdemokratische Ministerpräsident hat die Pflicht, eine Arbeiterregierung zu bilden.

Minister des Innern Bismarck: Wir haben keinen Staatspräsidenten, sondern einen Ministerpräsidenten als Vorsitzenden im Gesamtministerium. Der Ministerpräsident befehlet als Ressortminister das Ministerium des Innern. (Lachen v. d. Komm.; Grobheit)

Die Wahl wird durch Stimmzettel vorgenommen. Der bisherige Ministerpräsident Winter erhält 49 Stimmen. 24 Zettel sind unbenutzt, 18 lauten auf Abg. Hofmann (Dn.) und 3 auf Abg. Dr. Kaiser (D.V.). — Präsident Winter erklärt: 47 Stimmen würden die Hälfte sein. Da auf 49 Stimmen entfallen sind, ist die absolute Mehrheit für ihn vorhanden und somit ist Winter gewählt. — Da Ministerpräsident Winter in Berlin zu einer Konferenz weilt, kann seine Vereidigung heute nicht stattfinden.

Nächste Sitzung: Dienstag, den 12. Dezember 1922, nachm. 2 Uhr: Vereidigung des Ministerpräsidenten und Regierungserklärung. — Die beiden letzten Sitzungen vor den Weihnachtsferien finden am Donnerstag und Freitag nächster Woche statt. — Schluß 7/8 Uhr.

Die Reparationsfrage.

Der frühere Staatssekretär der Vereinigten Staaten unter Wilson F. A. Johnson, der von einer längeren Studienreise in Deutschland zurückgekehrt ist, hat einem Bericht über die „Intransparenz“ erklärt, die Lage in Deutschland ist kritisch. Das Schicksal Deutschlands wird sich in sechs Monaten entscheiden. Wenn die Reparationsfrage nicht rasch eine Lösung zwischen den beiden Seiten Frankreich und England findet, — und Amerika ist bereit, dabei mitzuhelfen, — so glaube ich, daß eine Katastrophe von unerwarteteren Folgen das Ergebnis sein wird. Tomulus verkündet, er werde in Amerika seinen ganzen Einfluß ausüben, um die in Deutschland genommene Einreise zur Geltung zu bringen.

Der amerikanische Botschafter in London Garrover erklärte in einer Rede auf einem amerikanischen Klubessen zur europäischen Lage, die gesamte Welt stehe einer großen Gefahr gegenüber. Die Zusammenkunft der Premierminister der vier alliierten Mächte Europas Ende dieser Woche sei die bedeutendste Besprechung, die seit 1918 stattgefunden habe. Der Grund dafür sei einfach. Es gehe anher dem Krieg noch andere Wege, um internationale Katastrophen herbeizuführen. Es gehe sogar solche Dinge wie das Auslösungsprogramm von Rationen durch andere. Wenn dieses Wirtschaftsprogramm nicht auf der Zusammenkunft der alliierten Premierminister der Lösung einigermaßen näher gebracht werde, so wisse er nicht, was Europa vor dem Zusammenbruch retten könne.

Der ehemalige italienische Ministerpräsident Altini richtete im „Berliner Tageblatt“ einen offenen Brief an Clemenceau anläßlich seiner Reise nach den Vereinigten Staaten. Darin heißt es: Ich war immer ein überzeugter Freund des demokratischen Frankreichs und ein scharfer Gegner des deutschen Imperialismus. Wenn ich heute häufig mit den Ideen der französischen Politik im Widerspruch stehe, so geschieht das, weil es keine demokratische Politik aufgegeben hat, die sein traditioneller Ruf, seine ganze Stärke war, und ihr in dem fatalen Jahre 1914 die Hilfe fast aller Demokraten der Welt vermittelte.

Die belgische sozialistische Partei beabsichtigt nach einer Erklärung der belgischen Telegraphenagentur dem internationalen Gewerkschaftskongress in Amsterdam Entschuldigungen zu unterbreiten, die eine Verabredung der deutschen Schuld zusammen mit einer internationalen Anleihe und als Gegenstück die Wiederlösung der interalliierten Schulden zum Gegenstand haben. Die Partei verlangt ferner die Herabsetzung der Zinsen für die fremden Darlehen und die Ver-

rinderung der Beschäftigungsdauer auf einen kürzeren Zeitpunkt.

Die Vereidigung der deutschen Ministerpräsidenten.

Dienstag nachmittags um 6 Uhr fand in Berlin beim Reichskanzler eine Vereidigung mit den präsidierenden Mitgliedern der Regierungen der deutschen Länder statt, an der auch die stimmführenden Bevollmächtigten der Länder im Reichsrat teilnahmen. Nach einer Begrüßungssprache des Reichskanzlers erstatteten die zuständigen Ressortminister über die außenpolitische, innenpolitische, finanzielle, soziale und ernährungswirtschaftliche Lage kurze Berichte, die heute Gegenstand einer Aussprache sein werden. Im Anschluß an diese Vereidigung fand ein Empfang statt, zu dem der Reichskanzler und Frau Cuno geladen hatten. Der Reichspräsident, die hier anwesenden Mitglieder des Reichstages, sowie die Delegierten des Reichswirtschaftsrates und des preussischen Landtages nahmen daran teil.

Ein Aufruf der deutschen Ärzte.

Vertreter der deutschen medizinischen Fakultäten, der örtlichen Organisationen sowie der gesamten Vereidigung aus allen Teilen Deutschlands erließen folgenden Aufruf: Bis in den Sommer d. J. hinein hat das deutsche Volk die Hoffnung nicht aufgegeben, dem drohenden wirtschaftlichen Zusammenbruch entgegen und sein einziges Gut, Gesundheit und Arbeitskraft, bewahren zu können. Diese Hoffnung ist inmalen durch die Entwicklung der Dinge zu nichte gemacht worden. Unter der wirtschaftlichen Katastrophe, besonders der letzten Monate, muß der bisher nur mühsam erhaltene Gesundheitszustand des Volkes und damit seine Leistungsfähigkeit unauftretend und unumkehrbar zusammenbrechen. Der Ernst der Lage ist unvorstellbar. Die deutschen Ärzte können hierzu nicht schweigen. Als berufene und sachverständige Vertreter aller in gesundheitslicher Not befindlichen werden Ärzte aus Wissenschaft und Praxis auf Grund unumkehrlicher Tatsachen dem In- und Auslande ein klares objektives Bild der deutschen Notlage vor Augen führen.

Am 15. Dezember 1922, mittags 12 Uhr, wird die deutsche Vertriebsliste unter Vorbehalt von Geh. Obermed.-Rat Prof. Rudner, Mitglied der Akademie der Wissenschaften, in der neuen Aula der Berliner Universität, unter den Linden (am Opernplatz), eine Kundgebung veranstalten. Es werden sprechen: Geh. Med.-Rat Prof. W. G. G. Ordetz, Prof. an der Friedrich-Wilhelm-Universität, Berlin: „Niederlegung der Lebenshaltung des deutschen Volkes“, Geh. San.-Rat Dr. Dwyer, Vorl. des Deutschen Vertriebsvereins: „Die deutschen Ärzte am Krankenbett des deutschen Volkes“, Prof. Dr. Krautwig, Heigeordnete der Stadt Köln: „Deutsche Kinder in Not, des deutschen Volkes Schicksalsfrage“.

Das Attentat auf Scheidemann vor Gericht.

Nach Eröffnung der geistigen Sitzung verhandelte der Vorsitzende zunächst den Beschluß des Staatsgerichtshofes zu den Beweisanträgen des Justizrats Dr. Werthauer. Nach diesem Beschluß soll die Wirtschaftlerin des Geheimrats v. Teitau, Köhler, ermittelt und vernommen werden. Die endgültige Beschlußfassung über weiter beantragte Vernehmungen wurde bis nach der Vernehmung einiger bereits geladener Zeugen aufgeschoben. Der Zeuge Paul ist nicht ermittelt und nicht erschienen. Die der Oberreichsanwalt mitteilt, soll er sich in Berlin aufhalten. Hierauf wurde in der Zeugenvernehmung fortgesetzt.

Katharina Waldschmidt aus Kassel, Stütze bei der Frau von Schlieben, bei der Deschlüßiger zunächst gewohnt hat, sagte aus, in den ersten Tagen sei hinter ein Herr zu Deschlüßiger gekommen, den sie nach einer Photographie als Günther erkannt haben will. Der Angeklagte Günther behauptete dem entgegen, er sei es gewesen, der Deschlüßiger öfter besucht habe, von Günther sei keine Rede. Die Zeugin sagte dann auch noch, daß, nachdem Günther zu Deschlüßiger gezogen sei, die Besuche des angeblichen Günther aufgehört hätten. Nach Vernehmung einiger Zeugen zur Tat, die im wesentlichen nichts Neues bezeugten, wurde der Zeuge Bille aus Eberfeld vernommen, der zunächst nicht verurteilt wurde. Er sagte aus, er sei am 20. Mai nach Kassel gekommen, um einen Freund zu besuchen und habe auf einem Ausfluge Günther kennen gelernt, mit dem er sich öfter verabredet habe. Bei einem Besuch in der Wohnung Deschlüßigers sei Eklat gespielt worden. Dabei sei das Gespräch auch auf politische Gebiet gekommen, wobei sich ergab, daß beide mehr recht haben als der Zeuge. Eines Tages sei ein Herr zu Deschlüßiger gekommen, den dieser ihm als Fortkellerendar vorstellte. Auf die Frage des Zeugen, ob bei den beiden Angeklagten politische Momente besonders hervorgetreten seien, antwortete der Zeuge, das könne er nicht behaupten. Auf weitere Fragen nach dem angeblichen Fortkellerendar erklärte Deschlüßiger, es